



**GENSHAGENER
FORUM**

für deutsch-
französischen Dialog

**FORUM DE
GENSHAGEN**

pour le dialogue
franco-allemand

Unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages,
und von Claude Bartolone, Präsident der Assemblée nationale



Die Europäische Union, Nordafrika und der Mittel- meerraum: gegenseitige Erwartungen, gemeinsame Perspektiven?

Tagungsbericht IV. Genshagener Forum

21.-22. November 2013 – Schloss Genshagen



Stiftung
Genshagen

INSTITUT
MONTAIGNE



Das Genshagener Forum 2013



Deutschland und Frankreich unterhalten intensive und privilegierte Beziehungen miteinander, die kontinuierlich gepflegt und ausgebaut werden müssen. Beide Länder sind in entscheidendem Maß dafür verantwortlich, die Rolle Europas im globalen Kontext zu stärken und hierfür gemeinsame Strategien zu entwickeln. Damit dies gelingt, muss die Zusammenarbeit auf Regierungsebene um den Dialog zwischen der deutschen und der französischen Zivilgesellschaft unter Einbeziehung von Vertretern aus Drittländern erweitert werden. Hierin liegen zugleich Sinn und Zweck des *Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog*.

Fast drei Jahre nach dem Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt haben die Stiftung Genshagen und das Institut Montaigne das *IV. Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog* den Interaktionen zwischen Europa und den südlichen Ländern des Mittelmeerraums gewidmet. Das Ziel der zweitägigen Konferenz war, die wechselseitigen Erwartungen hinsichtlich der politischen Konstruktion, der wirtschaftlichen Partnerschaften und des demokratischen Wandels dieser unterschiedlichen geografischen Räume zu identifizieren.

Weitere Ziele des *Forums* waren: die Stärkung des deutsch-französischen Dialogs hinsichtlich der EU-Mittelmeer-Beziehungen, die Identifizierung von gemeinsamen Interessen der europäischen Partner in dieser Region sowie die Entdeckung neuer Kooperationsmöglichkeiten auf beiden Seiten des Mittelmeers.

Der Begriff „südliche Länder des Mittelmeerraums“, der während der Sitzungen des *Genshagener Forums* 2013 und in diesem Tagungsbericht verwendet wurde, verweist auf die subregionale Mittelmeergruppierung, die aus Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten besteht.



Eröffnungsvortrag: Die Folgen der arabischen Umbrüche für den Mittelmeerraum

Einführungsvortrag:

M. Fathallah Sijlmassi, Generalsekretär der Union für das Mittelmeer, Barcelona

Debatte mit:

Xavier Driencourt, Generalinspekteur des Außenministeriums, ehem. französischer Botschafter in Algerien, Paris

Günter Gloser, Staatsminister a.D., ehemaliger Vorsitzender der Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten im Bundestag, Berlin

Jean-Louis Guigou, Gründer und Geschäftsführer, Ipemed (Institut de prospective économique du monde méditerranéen), Paris

Hakim El Karoui, Publizist, Partner bei der Beratungs- firma Roland Berger, Paris

Moderation:

Hélène Sallon, Journalistin, *LeMonde.fr*, Paris



Xavier Driencourt, Hakim El-Karoui, Hélène Sallon, Günter Gloser, Jean-Louis Guigou



Fathallah Sijlmassi

Laut *Fathallah Sijlmassi* haben die arabischen Umbrüche die Notwendigkeit eines neuen Modells des Dialogs zwischen Europa und dem Mittelmeerraum unterstrichen, das es erlaube, diese Beziehungen neu und in verstärktem Maß komplementär zu denken. In diesem Zusammenhang formulierte er drei Ziele:

Die erste Priorität sei, die regionale und subregionale Integration der südlichen Länder des Mittelmeerraums anzustoßen, unter Einbeziehung dieser Initiativen in eine multilaterale Agenda. Die regionale Integration im Süden des Mittelmeeres solle sich an das Integrationsmodell der Europäischen Union anlehnen. Hierbei solle auf der Grundlage von Performanzindikatoren eine graduelle und pragmatische Herangehensweise verfolgt werden. Werkzeuge wie der 5+5-Dialog¹, das Agadir-Abkommen², sowie die zahlreichen von der Union für das Mittelmeer (UfM) entwickelten Projekte könnten zum Einsatz kommen. Außerdem solle die Mittelmeerthematik zu einer politischen Priorität auf der europäischen Agenda erklärt werden. Seiner Meinung nach sollten die südlichen Länder des Mittelmeerraums zunehmend in den Entscheidungsprozess mit der EU einbezogen werden. Aus dieser Perspektive heraus könnte die Mittelmeerunion als föderales Organ agieren, das die regionale Integration mit allen Interessenten durch die Anwendung eines inklusiven Ansatzes vorantreibe. Schließlich solle die Mittelmeerthematik auch als eine für die internationale Agenda relevante betrachtet werden, welche sowohl die afrikanische Dimension (Sicherheit der Außengrenzen, Migrations- und Außenhandelsströme) als auch die Integration globaler Themen (Klimawandel, Terrorismus) berücksichtige.

Laut *F. Sijlmassi* würde es die Festlegung auf diese drei Ziele den Ländern der Mittelmeerregion erlauben, die sich für sie seit Beginn der arabischen

¹ Der 5+5-Dialog vereint fünf Länder Südeuropas (Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Malta) mit fünf Ländern des Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Mauretanien).

² Das Agadir-Abkommen ist ein Freihandelsabkommen, das 2004 von Marokko, Tunesien, Jordanien und Ägypten unterzeichnet wurde.



Günter Gloser, Jean-Louis Guigou



Hakim El Karoui, Helène Sallon



Fathallah Sijilmassi, Xavier Driencourt

Umbrüche neu eröffnenden Chancen zu nutzen. Somit könne die bisherige pessimistische in eine aktivere Haltung umgewandelt werden.

Günter Gloser seinerseits bekräftigte, dass in Zukunft der regionalen Integration des Mittelmeerraums eine größere Bedeutung beigemessen werden müsse. Ihm zufolge müssten die Länder südlich des Mittelmeers ihre Rivalitäten untereinander überwinden, um sich für ein Mehr an Kooperation einsetzen zu können.

Ferner plädierte G. Gloser für eine bessere Kommunikation zwischen dem Norden und dem Süden des Mittelmeerraums sowie für eine stärkere Sichtbarkeit der euro-mediterranen Projekte. Schließlich dürften Fragen der Migration, trotz der zahlreichen ökonomischen und sozialen Projekte, nicht unterschätzt werden. Stattdessen müssten sowohl Deutschland als auch die europäischen Länder sich umso mehr bemühen, die Frage der Flüchtlinge zu lösen.

Die arabischen Revolutionen sollten, nach Jean-Louis Guigou, als der Beginn der Moderne betrachtet werden. Dementsprechend solle den Ländern südlich des Mittelmeerraums die Möglichkeit gelassen werden, sich ein eigenes, umfassendes staatliches und gesellschaftliches System zu schaffen. J.-L. Guigou zeigte sich optimistisch in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder, die ihm zufolge zu einer Rückkehr des Wachstums sowohl im Süden als auch im Norden des Mittelmeers führen werde. Für ihn hänge die Zukunft des „Südens“ von einer stärkeren Verzahnung der Länder des südlichen mit denen des nördlichen Mittelmeerraums ab.

Aufgrund der Tatsache, dass die Mittelmeerregion sehr heterogene Länder umfasse, welche aber größtenteils bilaterale Beziehungen bevorzugten, könne diese regionale Integration jedoch, so Hakim El Karoui, nur beschränkt erfolgen. Hinzu komme die Abwesenheit anerkannter Ansprechpartner: Momentan gäbe es seiner Meinung nach weder gemeinsame Institutionen noch legitime Regierungen südlich des Mittelmeers. Die Lösung der internen Probleme sei die notwendige Bedingung für eine langfristige Entwicklung der Beziehungen zwischen Europa und der Mittelmeerregion. Ihm zufolge sollten sich die Länder südlich des Mittelmeers bei der Neubegründung ihrer Institutionen sowie bei der Neuausrichtung ihrer Wirtschaftsbeziehungen an die EU wenden, um beispielsweise nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Golfstaaten zu geraten.

Diese verstärkten Kooperationen sollten laut Xavier Driencourt im Rahmen der Union für das Mittelmeer geschehen. Für den Fall, dass diese Institution Schwierigkeiten bei der Umsetzung haben sollte, weil nicht alle ihre Mitgliedsländer die gleichen Erwartungen und Interessen haben, wäre die Union für das Mittelmeer trotzdem nicht gescheitert. Schließlich gälte es, X. Driencourt zufolge, mit dem negativen Bild zu brechen, welches zu oft mit den südlichen Mittelmeerländern verbunden werde (Terrorismus, Islamismus), da dieses die Stärkung der Beziehungen zwischen dem Norden und Süden des Mittelmeers gefährde.

Gesprächskreis 1: Welche Rolle für die Türkei im Mittelmeerraum?

Referenten:

Bahadır Kaleagasi, Präsident, Institut du Bosphore, Paris

Riva Kastoryano, Forschungsleiterin, CNRS/ CERI-Sciences Po, Paris

Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D., Vorstandsmitglied der Stiftung Genshagen

Moderation:

Ariane Bonzon, Journalistin, *Slate.fr*, Paris



Rita Süßmuth, Ariane Bonzon, Riva Kastoryano



A. Bonzon, R. Kastoryano, B. Kaleagasi



Bahadır Kaleagasi zufolge würden die Umbrüche in der arabischen Welt von der Türkei als wirtschaftliche und politische Chance betrachtet. Er vertrat die Ansicht, dass die Türkei als eine Brücke zwischen Europa, Asien und der arabischen Welt fungieren könne. Die erfolglosen Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU hätten zu einer Neuausrichtung in der türkischen Außenpolitik geführt. Die Türkei orientiere sich erneut in Richtung Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken, mit denen sie gute Beziehungen unterhalte. Gleichzeitig hätten sich auch die Beziehungen zu den arabischen Ländern intensiviert. Laut *B. Kaleagasi* solle die bilaterale Politik der Türkei gegenüber ihren verschiedenen Wirtschaftspartnern Ankara nicht länger von der Kooperationsentwicklung auf regionaler Ebene abhalten. Außerdem plädierte er für den EU-Beitritt der Türkei. Seiner Meinung nach sei es – von dem Moment an, in dem das Land die Beitrittskriterien erfüllt, die für alle Kandidaten gelten – unnötig, einen besonderen Status für die Türkei zu schaffen.

Riva Kastoryano nahm sich der Frage der innerstaatlichen Entwicklung der Türkei an. Die Demonstrationen im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz in Istanbul seien Teil eines größeren Protests, der im gesamten Land ausgebrochen sei. Laut *R. Kastoryano* müssten diese Ereignisse als das Signal einer Emanzipation der Zivilgesellschaft verstanden werden, die sich sowohl dem autoritären Eingriff in die Privatsphäre der Bürger als auch dem sich in der Türkei entwickelnden Phänomen der übermäßigen Konsumkritik widersetze. Ihrer Meinung nach setzten sich die Türken außerdem für mehr partizipative Demokratie ein. Nach *R. Kastoryano* werde diese Protestbewegung den Mittelmeerraum weiterhin beeinflussen.

Rita Süßmuth betonte, dass die Türkei sich in den letzten Jahren von einer wirtschaftlichen zu einer kulturellen Macht gewandelt habe. Von dieser Entwicklung ausgehend habe sich die innerstaatliche Polarisierung verschärft, was zu einer Schwächung der Stabilität des Landes führen könne. Außerdem stellte *R. Süßmuth* einen zunehmenden Einfluss des politischen Islams auf die türkische Gesellschaft fest, nicht zuletzt in Folge der Enttäuschung über die Unschlüssigkeit der Europäischen Union bezüglich eines Beitritt der Türkei. Frankreich und Deutschland teilten diesbezüglich einen gewissen Skeptizismus. Die Frage nach der Integration der Türkei in die EU trete, *R. Süßmuth* zufolge, besonders scharf hervor, da die Türkei ohne eine europäische Perspektive Gefahr laufe, sich noch stärker in Richtung autoritärer Strukturen zu bewegen.

Der Gesprächskreis hob die notwendige Stärkung der Beziehungen zwischen Europa und der Türkei hervor. Einigkeit bestand darin, dass die Türkei auf keinen Fall isoliert werden dürfe; nun gelte es, einen Austausch zwischen gleichen Partnern auf der Grundlage eines auf Respekt beruhenden Verhältnisses zu entwickeln.

Gesprächskreis 2: Die Auswirkungen der arabischen Revolutionen auf das subsaharische Afrika und die Rolle der Europäischen Union

Referenten:

Rainer Eberle, ehemaliger deutscher Botschafter in Libyen und Sudan

Mehdi Houas, Tourismus- und Handelsminister der tunesischen Übergangsregierung (Jan.-Dez. 2011), Präsident und Gründer der Gesellschaft Talan, Paris

Tobias Koepf, Gastforscher am Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (IEUSS), Paris

Moderation:

Isabelle Maras, Projektleiterin, *Europäischer Dialog* - *Europa politisch denken*, Stiftung Genshagen



Rainer Eberle, Isabelle Maras, Tobias Koepf



Mehdi Houas

Laut *Rainer Eberle* gab es während und nach den arabischen Umbrüchen zwei bedeutende Veränderungen im subsaharischen Afrika. Die erste Veränderung habe in der Destabilisierung der sich an der Macht befindenden Regime bestanden. Sie habe den Weg für die Umbrüche geebnet. Die zweite Veränderung, geopolitischer Art, sei im Nachhinein sichtbar geworden und habe die Grenzen betroffen: Der Sturz des libyschen Regimes habe aus dem Land einen regelrechten Korridor zwischen Nord und Süd gemacht, insbesondere in Hinblick auf den Handel mit Waffen, Drogen und Menschen. Für *R. Eberle* fungiere die Region der Subsahara immer weniger als Pufferzone, was die Migration der afrikanischen Bevölkerung nach Europa ausweite.

Die Frage nach den Kooperationen, die es mit dieser Region zu entwickeln gelte, sei wichtig, da es sich um eine wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Frage handle. Sowohl die Glaubwürdigkeit als auch der langfristige Erfolg des europäischen Handelns stünden auf dem Spiel. In Ermangelung von Vermittlern, die über ausreichenden Einfluss in der Region verfügten, dürfe die EU sich nicht an eine rein diplomatische Rolle halten, sondern solle starke Beziehungen zur Zivilgesellschaft unterhalten, um deren Interessen besser wahrzunehmen zu können. Es sei an der Zeit, dass Europa in dieser Weltregion als Partner und als Ergänzung zur UNO in Erscheinung trete.

R. Eberle fügte hinzu, dass Europa jedoch weiterhin *das* gesellschaftliche Referenzmodell in der Region bleibe – auch wenn China sich nunmehr wirtschaftlich in Afrika etabliert habe und auch die Türkei zunehmend in der Region präsent sei.



Rainer Eberle, Isabelle Maras, Tobias Koepf

Laut *Mehdi Houas* unterscheidet sich die aktuelle Situation in Tunesien von der in anderen Ländern, welche die arabischen Revolutionen erlebt haben. Obwohl die revolutionäre Bewegung ursprünglich an Werte wie Würde, Toleranz, Freiheit und gesellschaftliche Gleichheit gebunden gewesen sei, hätten die gegenwärtigen [November 2013] tunesischen islamistischen Führer keine demokratische Legitimität im Land. In dieser Hinsicht problematisierte *M. Houas* die Tatenlosigkeit der internationalen Gemeinschaft. Seiner Meinung nach habe die EU bislang eine Strategie des *Laissez-faire* und der Nichteinmischung bevorzugt; eine stärkere Präsenz der Europäischen Union hätte dem Islamismus vielleicht ein weniger günstiges Feld bereitet. Darüber hinaus habe die EU keine differenzierte Lösung vorgeschlagen, die den spezifischen Situationen der einzelnen Länder nach den Revolutionen entsprochen hätte. Außerdem werde die EU derzeit zunehmend von China auf wirtschaftlichem Gebiet und von den Golfstaaten auf ideologischer Ebene überholt. Abschließend plädierte *M. Houas* für die Schaffung einer gemeinsamen Perspektive im mediterranen Raum, die auf zusammen definierten Werten errichtet werden müsse.

Tobias Koepf charakterisierte die Politik der EU als unauffällig, sei es in Libyen oder in Mali. Die arabischen Revolutionen und die darauf folgende internationale Intervention in Libyen hätten zur Mali-Krise beigetragen. Die Faktoren, welche die Krise begünstigt hätten (Forderungen der separatistischen Tuareg; islamistischer Extremismus; Schwäche bzw. Abwesenheit des malischen Staates), seien gleichwohl bereits zuvor im subsaharischen Afrika zu beobachten gewesen. In Mali habe die EU eine aktivere Rolle als während der Libyenkrise übernommen, auch wenn die Koordination der eingesetzten Instrumente der EU vor Ort immer noch sehr schwierig bleibe. Die Erwartungen an Europa, dessen Außenpolitik sich seit 2008-2009 in der Krise befinde, seien überhöht gewesen. Letztlich sei die Intervention der EU nicht auf der Grundlage ihrer realen Möglichkeiten beurteilt worden.

Im Verlauf der Diskussion herrschte weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich des Mangels an Solidarität Europas gegenüber den Ländern, welche die arabischen Umbrüche erlebt haben, sowie auch gegenüber Mali. Zur Zeit der Machtergreifung durch die sogenannten moderaten Islamisten seien die europäischen Länder von einer gewissen Naivität befallen gewesen. Durch eine Intervention und langfristige, strukturierte Kooperation, beispielsweise unter Berücksichtigung des Problems der Korruption, könne die EU in einigen afrikanischen Ländern zur Stabilisierung beitragen. In einem Punkt waren sich die Referenten einig: Afrika wende sich Europa zu, und Europa brauche Afrika.

Gesprächskreis 3: Die Rolle der Zivilgesellschaften seit den arabischen Umbrüchen

Referenten:

Heba Ahmed, Forschungsassistentin, Humboldt-Universität zu Berlin

Othmann Layati, Anwalt bei der Pariser Anwaltskammer, Anwaltskanzlei Lysias Partners, Paris

Beate Schindler-Kovats, Leiterin des DAAD-Büros Tunis

Moderation:

Isabel Schäfer, Leiterin des Projekts Mediterranean Institute Berlin (MIB), Humboldt-Universität zu Berlin



Beate Schindler-Kovats, Heba Ahmed, Isabel Schäfer



Othmann Layati, Isabel Schäfer

Othmann Layati war der Ansicht, dass Tunesien sich in einer paradoxen Situation befinde: Aufgrund der Abwesenheit des Staates in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Lebens, versuche die immer aktiver werdende Zivilgesellschaft – welche ungefähr 500 Vereine und Organisationen umfasse – diesen Mangel auszugleichen. Außerdem beunruhigte *O. Layati* der wachsende Einfluss der islamistisch gesinnten Akteure auf das tunesische Rechtssystem und auf die Öffentlichkeit. Er hob die politische Gewalt als ein Phänomen hervor, das es so im Land noch nicht gegeben habe.

Heba Ahmed berichtete bezüglich der Zivilgesellschaft in Ägypten über eine ähnliche Situation: Es gäbe mehr und mehr informelle politische Netzwerke. Die Muslimbrüder seien zu «neuen Gesprächspartnern» in zahlreichen traditionellen Sektoren des öffentlichen Diensts, wie zum Beispiel dem Gesundheitswesen, geworden. Ägyptische NGOs spielten zwar eine besondere Rolle bei der fortschreitenden Heranführung von Tabuthemen an die öffentliche Debatte, wie z.B. sexuelle Belästigung und Gewalt, zögen damit jedoch die Anfeindungen seitens des Staates und der Gesellschaft auf sich.

Beate Schindler-Kovats nahm sich der Themen Ausbildung und Hochschulwesen an und berichtete über die hohe Anzahl der Universitäten und der Hochschulabsolventen in Tunesien. Trotzdem sei einer von vier Hochschulabsolventen arbeitslos: Je höher das Bildungsniveau, desto höher sei das Risiko, arbeitslos zu werden. Daraus resultiere ein wachsender „Braindrain“, eine Abwanderung der Hochqualifizierten, mit dramatischen Folgen für Tunesien, da das Land im Gegensatz zu anderen Ländern der Region nicht über Erdölvorräte verfüge. Das universitäre System müsse umfassend reformiert werden, nicht zuletzt weil es, so wie in gewisser



B. Schindler-Kovats, H. Ahmed



Hinsicht auch das französische System, nach wie vor mehr auf die Theorie und weniger auf die Berufspraxis ausgerichtet sei. Hinsichtlich der Unterstützung bei Ausbildungsprogrammen in Tunesien könnten Frankreich und Deutschland einander wirksam ergänzen. Deutschland, das in der Region hohes Ansehen genieße, werde seit den arabischen Revolutionen als ein neuer Kooperationspartner betrachtet – in erster Linie dank der „Transformationspartnerschaft“, die mit dem Auswärtigen Amt abgeschlossen worden sei.

Im Verlauf der Diskussion wurden gemeinsame Tendenzen in den betroffenen Ländern hervorgehoben: Die Anzahl der NGOs sei gestiegen, der Raum für ihre jeweiligen Tätigkeiten habe sich vergrößert und die Diversität der Akteure zugenommen. Allerdings entwickle sich jedes Land auf sehr unterschiedliche Weise: In Ägypten beispielsweise habe die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in den letzten Monaten [November 2013] erneut abgenommen. *H. Ahmed* zufolge repräsentiere die ägyptische Zivilgesellschaft zum jetzigen Zeitpunkt einen ernstzunehmenden Akteur, dessen Vertreter von der Staatsgewalt eingeladen würden, über Gesetzesvorhaben zu debattieren. Der Polizeistaat bestehe allerdings als Hauptproblem fort, was die weitere Unterstützung Ägyptens durch die internationale Gemeinschaft umso dringender mache. So forderte *H. Ahmed* die deutschen politischen Organisationen und Stiftungen dazu auf, noch mehr Mut zu beweisen; ein guter Ansatzpunkt seien beispielsweise Austauschprogramme. Auch *B. Schindler-Kovats* sprach sich für eine langfristige politische Unterstützung für Tunesien aus und schlug außerdem vor, die „Transformationspartnerschaft“ auf andere Länder auszuweiten.

O. Layati zufolge solle sich Frankreich vor einer «neo-kolonialistischen Rolle» in Tunesien hüten. Es sei wünschenswert, dass die Mitgliedsländer der Europäischen Union eine gemeinsame Strategie gegenüber Nordafrika definierten. Im Rahmen einer Partnerschaft unter Gleichen genieße eine Demokratisierung der Bildung durch Austausch- und Mobilitätsprogramme ebenfalls Vorrang.

Kamingespräch: Mittelmeer – Zukunft im Süden

Referent:

Claus Leggewie, Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI)

Moderation:

Martin Koopmann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Stiftung Genshagen



Martin Koopmann, Claus Leggewie



Claus Leggewie, Riva Kastoryano

C. Leggewie präsentierte die Vision einer anderen Mittelmeerunion, die Nord und Süd vereinen sollte. Hierfür seien die folgenden fünf Schritte erforderlich:

Die Idee einer neuen Union des Mittelmeers denken und verbreiten

Claus Leggewie gab dem Traum von einer Einheit dieser Region Ausdruck, die neben den EU-Mitgliedstaaten alle Anrainerstaaten des Mittelmeers einschließe. Er unterstrich, dass die Union für das Mittelmeer ihre politisch-institutionellen Strukturen noch stärken müsse. Seiner Meinung nach sei es wichtig, dass Multiplikatoren – wie die Besucher des Forums – die Ideen verbreiteten, die der Union für das Mittelmeer zugrunde liegen.

Die „Méditerranée“ – Ein Lebensgefühl?

Nord- und Südeuropa seien seit Jahrhunderten Konkurrenten gewesen; noch vor Kurzem habe die Presse in Bezug auf die Eurokrise vom Aufstand der „Latinität“ – dem lateinischen Mittelmeer – gegen die Germanen geschrieben (Giorgio Agamben). Dem stellte C. Leggewie die Idee eines inklusiven Mittelmeerraums gegenüber, der von einem Lebensgefühl und nicht von einem ethnisch-religiösen Wir-Gefühl bestimmt werde (Albert Camus). Der Süden sei – für die Deutschen – lange Zeit ein Lebensgefühl, ein Sehnsuchtsort gewesen, heute rufe er mehr und mehr ein Gefühl der Bedrohung hervor.

Ein Netzwerk von Städten als wiederkehrendes, altes Modell

Ein Netzwerk der Städte im Mittelmeerraum habe schon zu Zeiten der Phönizier bestanden (David Abulafia). Dabei habe es durchaus Konkurrenz (Handel), Differenz (Religion) und kriegerische Auseinandersetzungen gegeben, aber die zentralen Akteure seien nicht die Nationalstaaten, sondern die großen Städte gewesen. Dieses Netzwerk könne



Martin Koopmann, Claus Leggewie



heute wiederbelebt werden und dabei die deutsch-französischen Städtepartnerschaften als Modell nehmen, so C. Leggewie: „Unser ‚Mare Nostrum‘ muss eines sein, das auf den Handels- und intellektuellen Beziehungen und natürlich auch auf dem politischen Austausch zwischen den Städten beruht.“

Eine Sicherheitsunion mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff

Heute sei das Mittelmeer eine strategisch befriedete Region, in der eine asymmetrische Bedrohungslage durch islamistischen Terror, Flüchtlinge und ökonomische Destabilisierung herrsche. Die EU reagiere darauf mit einer konservativen, nicht inklusiven Abwehrreaktion (Frontex⁴ in der Migrationspolitik, Importzölle in der Agrarpolitik), die mit den Zielsetzungen des arabischen Frühlings wenig zu tun habe. Die sicherheitsbestimmte Politik Europas sei untragbar: In Wahrheit stehe nicht die Sicherheit Europas auf dem Spiel, sondern die der Flüchtlinge, die bei der Überquerung des Mittelmeers ihr Leben riskierten. Es müsse darum ein neuer, inklusiver Sicherheitsbegriff entwickelt werden.

Eine Energieunion zwischen Nord und Süd

Der Mittelmeerraum verfüge ferner über ein erhebliches Potenzial im Energiebereich: Wind und Sonne seien im Überfluss vorhanden. Desertec versuche, den Traum, den Norden mit Strom aus dem Süden zu versorgen, in die Realität umzusetzen, und habe bewiesen, dass nur ein kleiner Teil der Sahara ausreichen würde, um die ganze Welt mit Strom zu beliefern. Anstatt aber erneuerbare Energien und neue Techniken zu nutzen, kehre Europa zu alten Energiequellen (Kohle und Atomstrom) zurück. Heute müssten sich die Europäer weniger über die gemeinsame Identität, Geschichte oder Religion, als vielmehr über die gemeinsamen Interessen zwischen Nord und Süd unterhalten: Die Entwicklung der Mittelmeerregion nutze Europa – aber auch der Region selbst.

C. Leggewie schlussfolgerte, dass wir es im Mittelmeerraum mit einer Subregion neuen Typus zu tun hätten. Das ursprüngliche Modell des „Europa der Regionen“, das auf die 1970er Jahre zurückgehe, habe zu einem „Wohlstandschauvinismus“ kleinster Einheiten geführt, die nicht lebensfähig seien. Heute werde eine Subregionsbildung benötigt, die weder zu klein (z.B. Katalonien) noch zu groß (z.B. Mittelmeerunion) sei, da letztere für viele Menschen zu weit von ihrer Lebenswelt entfernt sei. Er stelle sich ein Europa vor, das weiterhin von Nationalstaaten bestimmt werde, aber dabei Souveränität an die EU abgebe sowie von einer Subregionsbildung unterstützt werde. Die Mittelmeerunion neuen Typus sollte weiterhin auf den bestehenden Institutionen beruhen, die Interessen der südlichen Peripherie ins Zentrum stellen und sich auf konkrete Politikfelder – wie z.B. die Energie-, Sicherheits- und Agrarpolitik – konzentrieren.

⁴ Die 2004 gegründete Agentur Frontex hat die Aufgabe, die operative Zusammenarbeit derjenigen Mitgliedstaaten mit EU-Außengrenzen im Kampf gegen illegale Einwanderung zu koordinieren.

Debatte: Welchen wechselseitigen Einfluss haben die arabischen Umbrüche auf die Wirtschaft Europas und Nordafrikas?

Debatte mit:

Oliver Masetti, Analyst, Deutsche Bank Research, Frankfurt a.M.

Henri de Peyrelongue, Geschäftsführender Direktor Europa und Nordafrika, Air France, Paris

Paul van Son, CEO, Desertec Industrial Initiative (Dii GmbH), München

Lionel Zinsou, Präsident von PAI Partners, Vorstandsmitglied des Institut Montaigne, Paris

Moderation:

Julian Schorpp, Journalist, Contexte (Zeitschrift für französische und europäische Politik), Paris



Oliver Masetti, Henri de Peyrelongue, Julian Schorpp, Paul van Son



Laut *Oliver Masetti* hätten die arabischen Revolutionen erhebliche Konsequenzen für die nordafrikanischen Volkswirtschaften (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten) gehabt. Zwischen 2010 und 2011 sei das Wachstum dieser Länder um ungefähr zwei bis fünf Prozent geschrumpft – ohne eine klare Aussicht auf Besserung im Jahr 2013.

O. Masetti hob die strukturellen Schwächen der betroffenen Volkswirtschaften hervor: hohe Arbeitslosigkeit (mit einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit von 30 auf 40 Prozent), hohes Bevölkerungswachstum, ein unterentwickelter Privat- und ein überdimensionierter öffentlicher Sektor. In Zusammenhang mit dem Rückgang der ausländischen Investitionen, der Ausdruck der politischen Unsicherheit sei, und der Stagnation der Exporte seien die Leistungsbilanzdefizite sprunghaft angestiegen. Während Ägypten und Tunesien darunter und unter dem Einbruch des Tourismus erheblich gelitten hätten, seien die erdölexportierenden Länder (Algerien und Libyen) weniger davon betroffen gewesen.

Laut *Lionel Zinsou* sei die Situation in den Ländern Nordafrikas nicht alarmierend, vor allem nicht in Anbetracht der derzeitigen globalen wirtschaftlichen Konjunktur. *L. Zinsou* warnte vor der Dichotomie zwischen einem wohlhabenden Norden und einem revolutionären Süden und hob die Notwendigkeit hervor, Verbrauchsgüter für die lokalen Märkte zu entwickeln. Die beiden Erdölwirtschaften Algerien und Libyen zeigten sich gegenüber Marktschwankungen eher widerstandsfähig, was sie von Marokko und Tunesien, die nach wie vor starke internationale Unterstützung genossen, unterscheidet. Als zweitgrößte Volkswirtschaft Afrikas verfüge Ägypten seinerseits über eine „außergewöhnliche Vielfalt“ hinsichtlich seiner Ausfuhren sowie über eine geopolitische



Lionel Zinsou

Schlüsselposition, die es gegenüber politischen Ereignissen laut *L. Zinsou* unangreifbar mache.

Henri de Peyrelongue erinnerte daran, dass es sich bei Nordafrika um eine strategische Region für Air France-KLM handle. Der Maghreb sei aufgrund seiner historischen Beziehungen zu Frankreich wichtig und zeichne sich durch eine dem intra-europäischen Flugverkehr ähnliche Flugintensität aus. Die kurzfristigen Auswirkungen der Revolutionen auf den volatilen Tourismussektor müssten nach Ländern differenziert werden: So hätten Marokko und Algerien in diesem Kontext bemerkenswert zulegen können. Laut *H. de Peyrelongue* müsse eine große Aufklärungs- und Kommunikationsarbeit geleistet werden, um die Wahrnehmung der Region bei potenziellen Touristen zu verändern.



O. Masetti, H. de Peyrelongue, J. Schorpp

Paul van Son, Geschäftsführer des Konsortiums Dii (Desertec Industrial Initiative), stellte seinerseits klar, dass das aktuelle Ziel von Dii die Verbesserung des europäischen Energiemixes sei. Dies solle mithilfe erneuerbarer Energien und zu erschwinglichen Preisen umgesetzt werden. Sowohl Algerien, Marokko, Saudi-Arabien als auch die Vereinigten Emirate investierten heute massiv in Solar- und Windenergie. Die Netzwerke seien stark miteinander verbunden: Eine gesteigerte Produktion von erneuerbaren Energien in Marokko und Tunesien verbessere den Energiemix und vermindere den Verteilungspreis in Europa. *P. Van Son* stellte fest, dass die Chinesen, die eine wirkliche Vision in Bezug auf die „(Energie-) Jahrhundertwende“ verfolgten, sich gegenwärtig auf dem afrikanischen Markt positionierten. Auf europäischer Seite blieben die Strategien allzu sehr national. So plädierte er für eine langfristige, gemeinsame europäische Vision, welche mittelfristige Prognosen, unabhängig vom politischen und wirtschaftlichen Kontext, erlaube.



Paul van Son

In der anschließenden Diskussion rückte die Frage nach den Möglichkeiten der raschen Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region in den Mittelpunkt. Das aktuelle Entwicklungsstadium mit einer chronischen Unterbeschäftigung im Maghreb-Maschrek, erfordere erhebliche Kapitalinvestitionen, die aber kaum zur Erschaffung von Arbeitsplätzen beitragen. In erster Linie müsse der Dienstleistungssektor ausgebaut werden.

Das gleiche Phänomen sei in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung zu beobachten gewesen, selbst wenn ein Unterschied darin bestehe, dass der Sektor der informellen Wirtschaft in Afrika immer noch vorherrschend sei. Als besonders wichtig erweise sich die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Rückkehr von Privatinvestitionen vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen ermöglichen.

Debatte: Teilen Europa und Nordafrika das gleiche Demokratiekonzept?

Debatte mit:

Riham Adel, Geschäftsführerin, Job Nile, Alexandria

Hakim El Karoui, Publizist, Partner bei der Beratungsfirma Roland Berger, Paris

Michael Lüders, Publizist und Islamwissenschaftler, Berlin

Hamadi Redissi, Professor, Universität Tunis al Manar

Moderation:

Sonja Hegasy, Vizedirektorin, Zentrum Moderner Orient, Berlin



Hakim El Karoui, Riham Adel, Sonja Hegasy, Michael Lüders, Hamadi Redissi



Sonja Hegasy, Michael Lüders, Hamadi Redissi

Die Debatte konzentrierte sich zunächst vor allem auf die demokratische Zukunft Ägyptens, bevor sie ganz allgemein auf die Perspektiven im Mittelmeerraum einging.

Riham Adel erinnerte an die post-revolutionäre Periode in Ägypten: Die Wahl Mohammed Mursis habe einen Wendepunkt für das Land dargestellt, da es sich dabei um die ersten freien Wahlen des Landes gehandelt habe. Laut *R. Adel* habe die von Mohammed Mursi versprochene „Wiedergeburt“ nicht stattgefunden. Der Staatsstreich vom 3. Juli 2013, welcher ihrer Aussage nach von der Armee organisiert und von der Bevölkerung gewünscht und unterstützt worden sei, sei auf die Demonstrationen gegen die neue Verfassung vom November 2012 gefolgt, da diese nicht den Erwartungen der Ägypter entsprochen habe. Des Weiteren warf *R. Adel* Mursi sowohl seine Nähe zu den Muslimbrüdern als auch die Zunahme von Terrorismus und Kriminalität im Land vor. Ihrer Meinung nach habe die Armee die bürgerlichen Demonstrationen unterstützt, weil die Militärs angenommen hätten, dass die Sicherheit des Landes in Gefahr war, und sie sich des nationalen Vertrauens hätten sicher sein können. *R. Adel* zufolge wäre ein Fahrplan für Ägypten äußerst wichtig für die Zukunft des Landes. Der Tourismus und die Landwirtschaft seien ihrer Meinung nach die beiden Sektoren, die in der Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielten und welche nicht wiederbelebt werden könnten, wenn nicht eine bestimmte wirtschaftliche und politische Lebensfähigkeit des Landes gewährleistet sei.

Um die jüngsten Ereignisse in Ägypten zu verstehen, müsse laut *Michael Lüders* die soziale Bevölkerungsstruktur arabischer Länder berücksichtigt werden. Ihm zufolge bestünde in der arabischen Welt eine Koexistenz feudaler und moderner Strukturen, sodass die Eliten der Mittelschicht nicht im Stande seien, die Macht zu ergreifen. Zur aktuellen Stunde sei in Ägypten die Armee, welche der Herrschaft der Islamisten ein Ende



H. El Karoui, R. Adel, S. Hegasy, M. Lüders



gesetzt habe, der Garant für Sicherheit und zugleich ein bedeutender wirtschaftlicher Akteur. Laut *M. Lüders* resultiere die Rückkehr der Armee jedoch nicht aus dem Willen des Volkes, sondern aus dem Fehler der Muslimbrüder, den Zugang zu den Schalthebeln der Wirtschaft für sich zu beanspruchen. Er bezweifelte, dass die Armee der „Freund“ des Volkes sei, die große Anzahl gefolterter Gefangener spreche eine andere Sprache. Außerdem bestätigte er, dass die verspätete wirtschaftliche und politische Entwicklung Ägyptens dem mangelnden Pragmatismus der Eliten und der Armee geschuldet sei. Nun aber brauche Ägypten ein Fundament aus Pragmatismus, um seiner schwierigen wirtschaftlichen Situation zu begegnen. Zudem müsse die ökonomische und politische Lage in Ägypten aus der Nähe verfolgt werden, da die aktuellen Geschehnisse Auswirkungen auf die Nachbarstaaten haben könnten. Abschließend fügte *M. Lüders* hinzu, dass die demokratische Zukunft des Mittelmeerraums mit der Erschaffung von Institutionen einhergehen müsse, die die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien garantieren könnten.

Für *Hamadi Redissi* bilden die laufenden Transformationen im Mittelmeerraum nicht die Gesamtheit der Revolutionen ab. Einige von ihnen seien nicht demokratisch, und diejenigen, die vorgäben, es zu sein, seien nicht zwangsläufig freiheitlich. Sich auf das Beispiel der in Tunesien stattgefundenen Ereignisse beziehend, führte *H. Redissi* drei Faktoren an, welche die politischen Transformationsprozesse in der arabischen Welt erklärten: soziale Erwartungen, demokratischer und identitätsbezogener Art, sowie die Konzepte und die Frage des Islams. Bezüglich der Konzepte hätten sich nach der Revolution in Tunesien drei imaginäre Kollektive gebildet: ein bolschewistisches, ein liberales, und ein islamisches. *H. Redissi* vertrat die Ansicht, dass die islamistische Revolution keinen Erfolg in der arabischen Welt gehabt hat, da die Zivilgesellschaften starken Widerstand geleistet hätten. Schließlich unterstrich er, dass Islam und Demokratie im Mittelmeerraum kompatibel sein könnten.

Hakim El Karoui nannte zahlreiche Faktoren, welche die Entwicklung des demokratischen Projekts im Mittelmeerraum bremsten: So existiere in der arabischen Welt weder ein Diskussionsraum, noch werde der öffentliche Raum als ein solcher respektiert. Dennoch gebe es einen neuen Platz für Frauen in der Gesellschaft: An Universitäten seien diese immer zahlreicher vertreten und würden sich allmählich Gehör in Fragen der Familienplanung verschaffen. Interne Reibungen, unter anderem Gesellschaftsthemen betreffend, träten wiederholt auf, und so verfügten diese Länder über keine auf allgemeinem Interesse aufbauende Vision und täten sich dementsprechend schwer mit der Konstruktion einer gemeinsamen Identität.

H. El Karoui zufolge benötigten die Länder, welche die arabischen Revolutionen erfahren haben, in Zukunft Institutionen der Gewaltenkontrolle. Die Bildung eines Rechtsstaats sei notwendig, um sowohl die Sicherheit in diesen Ländern als auch die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften zu gewährleisten.

Eindrücke des IV. Genshagener Forums



Stimmen der studentischen Teilnehmer



Die Stiftung Genshagen und das Institut Montaigne luden erneut 15 Studierende der französischen Hochschule Science Po (Campus Nancy und Menton) zum *Genshagener Forum* ein. Die Studierenden hatten die Gelegenheit, in einen produktiven Austausch mit den Referenten und der fachübergreifenden Teilnehmerschaft zu treten. Die Debatten wurde durch das Engagement der Studierenden, ihre Neugierde und die Relevanz ihrer Fragen sehr bereichert.



„Nach Deutschland zu einer Konferenz über die Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeer reisen? Auch wenn diese Idee mir am Anfang etwas merkwürdig erschien, so hat mich der zweitägige Aufenthalt in Genshagen vom Gegenteil überzeugt. Im Laufe dieser beiden Tage konnten wir uns mit den Beziehungen zwischen Europa und Mittelmeer unter verschiedenen, ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Blickwinkeln auseinandersetzen. Zudem haben wir von den Einschätzungen und der Expertise der Referenten profitiert, welche die Akteure der mediterranen Welt von morgen darstellen.“

Aghilès AIT-LARBI
Student, Sciences Po
Paris, Campus Menton

Diego FILIU
Student, Sciences Po
Paris, Campus Menton

„Vor allem der Reichtum der Debatten im Schloss Genshagen wird mir in Erinnerung bleiben. Die Konferenzen waren auf einem sehr hohen Niveau: ich habe viel über meine Spezialisierungsregion, den Mittelmeerraum, gelernt. Doch der Austausch am Rande der Konferenz und der Workshops war ebenfalls sehr bereichernd für mich. Nicht jeden Tag kann man schließlich mit einem Minister der tunesischen Übergangsregierung zu Mittag essen!“



Jede Unterhaltung, die wir mit Politikern, Geschäftsleuten, Journalisten oder anderen Teilnehmern des Forums führen konnten, war stets von einem großen Respekt begleitet. Trotz verschiedener Ansichten interessierte sich jeder tiefgründig für die Meinung des anderen. Diese einzigartige Atmosphäre der konstruktiven und bereichernden Debatte habe ich wirklich sehr geschätzt.“

Pauline WESTERBARKEY
Studentin, Sciences Po
Paris, Campus Menton

Über das Genshagener Forum

Das *Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog*, ein Kooperationsprojekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne, bringt seit 2010 jedes Jahr rund einhundert deutsche und französische Entscheidungsträger und Vertreter aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Kultur und Medien zusammen, um über ein zentrales Thema der Zukunft Europas zu diskutieren. In seinen letzten Ausgaben widmete sich das *Genshagener Forum* beispielsweise den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Frage einer gemeinsamen Energiestrategie für Europa.

Die Jahreskonferenzen des *Genshagener Forums* sind in einen umfassenden Arbeitsprozess eingebettet: Jährlich wird **eine deutsch-französische Meinungsumfrage** unter 1000 Deutschen und 1000 Franzosen realisiert. Der erste Teil der Umfrage misst die Wahrnehmung der deutsch-französischen Beziehungen, der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Jahresthema der Konferenz. Zusätzlich wird **eine deutsch-französische Studie** in Auftrag gegeben, die unter Bezugnahme auf den jährlichen Schwerpunkt des Forums konkrete Politikempfehlungen formuliert.

Seit 2013 gibt es mit dem **Wanderforum** eine kürzere Auskoppelung des Forums in einem Drittland. So wurde das Energiethema mit einer Auswahl der Referenten der Jahreskonferenz 2012 im darauffolgenden Sommer mit einem polnischen Publikum in Warschau diskutiert.



Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen / Institut MONTAIGNE, 2014

Herausgeber

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen

Tel. + 49 (0)3 37 88 05 931
Fax. + 49 (0)3 37 88 70 013
www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

Institut Montaigne
38, rue Jean Mermoz
F-75008 Paris

Tel. + 33 (0)1 58 18 39 29
Fax. + 33 (0)1 58 18 39 28
www.institutmontaigne.org
info@institutmontaigne.org



INSTITUT
MONTAIGNE



Kontakt

Isabelle Maras
maras@stiftung-genshagen.de
Tel.: +49 33 78-80 59 36
Fax: +49 33 78-87 00 13

Nina Henke
henke@stiftung-genshagen.de
Tel.: +49 33 78-80 59 95
Fax: +49 33 78-87 00 13

Maylis Brandou
mbrandou@institutmontaigne.org
Tel.: +33 1 58 18 39 26
Fax: +33 1 58 18 39 28

Méryl Sotty
msotty@institutmontaigne.org
Tel.: +33 1 58 18 39 54
Fax: +33 1 58 18 39 28

Graphische Gestaltung

M.O.R. Design, www.mor-design.de
Nina Henke

Fotos

Nora Erdmann

Gefördert durch:



Robert Bosch Stiftung



EADS

In Zusammenarbeit mit:

